

ABHANDLUNGEN

Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa

von Hartmut Boockmann

Eine Antwort auf die Frage, wo Ostdeutschland liege, kann man täglich Zeitungen entnehmen oder anderen Medien, zumal den Nachrichtensendungen. Da wird von ostdeutscher Wirtschaft gesprochen, wenn von Eisenach die Rede ist, von der Spielzeugherstellung im Thüringer Wald oder der Werftindustrie in Rostock.

Daß man es hier nicht mit einer bloß geographischen Terminologie zu tun hat, liegt auf der Hand. Die geographische Mitte der Bundesrepublik Deutschland in ihrem heutigen Umfang liegt in der Nähe von Mühlhausen in Thüringen, also in „Ostdeutschland“. Das vermeintlich ostdeutsche Eisenach liegt einige Kilometer westlich von dieser Mitte und etwa zwanzig Kilometer südlich. Es müßte also in Mitteldeutschland liegen, oder, wenn man diese Bestimmung nicht treffen will, in Süddeutschland, Westdeutschland oder auch im Südwesten.

Das Wort Ostdeutschland im heutigen Sinne meint also offensichtlich nicht nur geographische, sondern auch politische und bis zu einem gewissen Grade historische Sachverhalte, wobei es allerdings nur um die Geschichte der letzten vier Jahrzehnte geht. „Ostdeutschland“: Das meint jenes Gebiet, auf dem sich bis 1990 die DDR befand, es meint also die einstige DDR.

Doch warum sagt man das nicht? Dafür könnte es einen achtbaren Grund geben, denselben, der auch gegen die „fünf neuen Bundesländer“, die FNL, wie man schon ironisch abkürzend gesagt hat, spricht. Beide Bezeichnungen sind lang, sie sprechen sich schlecht, und sie wirken gekünstelt. Ostdeutschland dagegen ist eine einfache Bezeichnung — so einfach wie auch Deutschland. Doch findet man manchen, der hier einen Unterschied macht und gern Ostdeutschland sagt, vor Deutschland aber zugunsten von Bundesrepublik (gesprochen bekanntlich: Bunzreplik) zurückscheut. Nach den Gründen dieser Scheu wird noch zu fragen sein. Allein oder auch nur vorrangig um sprachästhetische Gründe geht es bei Ostdeutschland also offensichtlich nicht.

Daß man einstweilen eine Benennung braucht, welche die Gebiete der früheren DDR zusammenfaßt, läßt sich nicht bestreiten. Doch warum bedient man sich dann, wenn sprachästhetische Gründe den Ausschlag nicht geben, nicht der beiden genannten Bezeichnungen? Gegen „ehemalige DDR“ spricht offensichtlich eine gewisse Wortmagie. Nachdem zu Zeiten des öffentlichen Streits um die Anerkennung dieses Staates das Wort DDR geradezu zum Schibboleth derer geworden war, die sich gegen die bisher üblichen Bezeichnungen (Zone, sog. DDR, Mitteldeutschland) zur Wehr setzten, beobachtet man heute, daß DDR möglichst vermieden und allenfalls mit dem Zusatz „früher“ oder einer ähnlichen Einschränkung versehen benutzt wird, und zwar auch zur Bezeichnung von Sachverhalten, die vor dem Jahre 1990 liegen. Schon an dieser Stelle bemerkt man, daß es hier letztlich um unser Verhältnis zur Vergangenheit geht, um die Frage, ob diese der Gegenwart angepaßt wird, oder ob man ihr zu ihrem Recht verhilft. „Frühere DDR“ schon vor 1990: das ist ebenso widersinnig wie es der Gebrauch des Begriffs „Heiliges Römisches Reich“ mit dem Zusatz „ehemalig“ wäre. Alles, was abgeschlossen ist, ist ehemalig. Doch wie steht es mit den „neuen Ländern“? So verkürzt spricht sich diese Bezeichnung ebenso gut wie „Ostdeutschland“. Dennoch hat sich diese Benennung nicht durchgesetzt. Es gibt offensichtlich positive Gründe dafür, Eisenach oder Rostock in Ostdeutschland anzusiedeln.

Der Blick auf Rostock zeigt, daß „Mitteldeutschland“ keine Lösung wäre. Zum einen war diese Bezeichnung lange das Trotzwort gegen die DDR und als solches ebenso fragwürdig wie Ostdeutschland im Sinne des heute grassierenden Sprachgebrauchs. Rostock lag weder nach 1945 in Mitteldeutschland noch davor, und zu Mitteldeutschland rechnete man bis 1945 nicht nur Gebiete, die danach östlich der innerdeutschen Grenze lagen. Das Wort Mitteldeutschland war ebenso irreführend wie die damals gängige Rede von Westdeutschland, die zum Beispiel Passau einschloß, eine Stadt, die beträchtlich weiter im Osten liegt als der größere Teil des damaligen „Mitteldeutschland“ — vom vermeintlichen Ostdeutschland im heutigen Sinne gar nicht zu reden. Westdeutschland/Mitteldeutschland: das war letztlich die Terminologie des Kalten Krieges. Westdeutschland/Ostdeutschland heute gibt sich dagegen als die Sprache des Friedens.

Als sich im Jahre 1990 zeigte, daß die deutsche Einheit nicht zu verhindern sein würde, wollten viele, die sich in der deutschen Teilung

so behaglich eingerichtet hatten, dieser zur Erhöhung ihrer eingefahrenen Bequemlichkeit einen höheren Sinn etwa durch die Behauptung geben, daß die Deutschen durch Auschwitz das Recht auf die politische Einheit verwirkt hätten. „Nie wieder Deutschland“ wurde nun an die Wände gesprüht, oder auch „Deutschland verrecke“, also eine Variation des früheren „Juda verrecke“, und damit eine Marginalie zum Thema: ganz links = ganz rechts. Als das alles nicht zum Erfolg führte, wurde ersatzweise die Sorge entfacht, die Deutschen würden nach Beseitigung der einen Kriegsfolge auch die andere beseitigen und zu den Grenzen von Versailles (genannt die „Grenzen von 1937“) zurückkehren wollen.

Daß der Vertrag mit Polen nicht sofort nach dem Einigungsvertrag geschlossen wurde, gab dieser Befürchtung zeitweilig eine scheinbare Berechtigung. Wer vor Abschluß dieses Vertrages und danach Eisenach demonstrativ als ostdeutsch bezeichnete und bezeichnet, will, soweit seine Sprechweise politisch begründet ist, offensichtlich erreichen, daß das Wort Ostdeutschland nicht für die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zur Verfügung steht. Das ostdeutsche Eisenach rechtfertigt sich dann als ein Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker in einem Europa, in dem es keine Grenzstreitigkeiten mehr gibt. Was könnte dagegen sprechen?

Einmal selbstverständlich die Geographie. Eisenach im Osten und Passau im Westen empfehlen den neuen Begriff Ostdeutschland offensichtlich nicht. Doch handelt es sich bei solchen Bezeichnungen für Landesteile nicht um rein geographische Begriffe und schon gar nicht um Worte, deren Geltungsbereich auf der Landkarte mit Zirkel und Lineal zu bestimmen wäre. Ostdeutschland ist in jedem Falle ein Begriff, in den politische Sachverhalte einfließen, aber gewiß auch historische. Sobald man das zur Kenntnis nimmt, stellt sich jedoch die Frage, ob es bei der historischen Komponente eines derartigen Begriffs nur um die Geschichte der letzten vier Jahrzehnte gehen kann, oder ob nicht vielmehr die Jahrhunderte davor zu berücksichtigen sind. Sobald sie in den Blick geraten, hat man es mit einem anderen Ostdeutschland zu tun.

Die Schwierigkeiten, die sich hier auftun, haben ihre Ursache nicht erst in unserem Jahrhundert. Man sieht das an der Gliederung von Georg Dehios Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, das in den Jahren 1905 bis 1912 in fünf Bänden erschien. Diese gliederten Deutschland in: Mitteldeutschland, Norddeutschland, Süddeutschland, Südwestdeutschland und Nordwestdeutschland. Diese Gliede-

rung ergab sich aus kulturgeschichtlichen Überlegungen, aber sie nahm auch auf die politischen Grenzen Rücksicht, auf die Grenzen des Reichs nach außen, die das Handbuch nicht überschritt, und auf seine Binnengrenzen.

So umfaßte Mitteldeutschland hier das Königreich Sachsen, die thüringischen Fürstentümer, die preußischen Regierungsbezirke Merseburg, Erfurt und Kassel sowie die bayerischen Regierungsbezirke Oberfranken und Unterfranken. Mitteldeutschland reichte demnach von Dresden bis kurz vor Frankfurt am Main, von Wittenberg bis Bamberg. Um diese Mitte Deutschlands wurden vier Großgebiete geordnet, von denen drei nicht mit einfachen, sondern mit zusammengesetzten Himmelsrichtungen in dem Sinne benannt wurden, daß zum Beispiel Nordostdeutschland nicht eine Region zwischen dem Norden und dem Osten war, sondern ein Gebiet, das sowohl als nördlich wie als östlich bezeichnet werden konnte. Nordostdeutschland umfaßte hier die preußischen Provinzen Ostpreußen und Westpreußen, Posen, Schlesien, Brandenburg und Pommern, ferner die beiden mecklenburgischen Großherzogtümer, das oldenburgische Fürstentum Lübeck, die Freien und Hansestädte Lübeck und Hamburg, sowie die preußische Provinz Schleswig-Holstein. Ähnlich waren Nordwestdeutschland und Südwestdeutschland begrenzt.

Doch warum fiel der dritte Band aus dieser offensichtlich brauchbaren Systematik heraus, war er mit dem Wort Süddeutschland überschrieben und nicht mit Südostdeutschland? Offensichtlich deshalb, weil man meinte, zu einem Südostdeutschland würden auch jene Gebiete gehören, die bei der Begründung des kleindeutschen Reichs 1871 außerhalb von dessen Grenzen geblieben waren. Ein Südostdeutschland hätte auch Wien oder Graz einschließen müssen.

Das heißt, man fühlte sich nicht gezwungen, das damalige Reich als ein vollständiges Deutschland aufzufassen und es entsprechend zu gliedern. Man meinte vielmehr, nicht durch eine den aktuellen Grenzen angepaßte Terminologie verdecken zu müssen, daß Deutschland seinen Südosten verloren hatte. Die heutige Rede von Ostdeutschland dagegen tut das Gegenteil. Sie verdeckt, daß es Ostdeutschland nicht mehr gibt, indem sie ein neues Ostdeutschland erfindet — gegen die Geographie und gegen die Geschichte. Auch wenn das Wort Ostdeutschland ohne historischen Bezug gemeint ist, umschließt es doch unvermeidlich einen historischen Sinn, macht es eine historische Aussage, und diese Aussage harmonisiert. Sie verdeckt die Katastrophen der jüngeren deutschen Vergangenheit.

Gerade diejenigen, die mit politischer Absicht Eisenach oder Rostock nach Ostdeutschland verlegen, meinen, auf diese Weise angemessen mit der Vergangenheit umzugehen. Doch das ist eine Täuschung. Das Zudecken von Vergangenheit läßt sich weder intellektuell noch pädagogisch rechtfertigen. Allerdings hat man es dabei mit einem gleichsam natürlichen Verhältnis zur Geschichte zu tun. Beim Umgang mit der eigenen und mit der Vergangenheit derer, auf die sich die eigene Identität gründet, werden das Zudecken und das Herausheben von Vergangenen höchst tendenziös eingesetzt. Wissenschaft und Didaktik aber dürfen solche Selektionsvorgänge nicht verstärken. Sie müssen vielmehr versuchen, sich von solchen Vorgegebenheiten frei zu halten. Andernfalls kommt es in Zeiten raschen Wandels zu einem peinlichen Umschreiben der Geschichte — wie man das gegenwärtig bei Lehrplänen und Schulbüchern zur Nachkriegsgeschichte sehen kann, die sich ganz auf die Spaltung Deutschlands eingestellt hatten und nun in aller Eile bemüht sind, der deutschen Einigung die passende Vorgeschichte zu geben.

Im Hinblick auf Ostdeutschland — nicht das vermeintliche, sondern das wirkliche — hat man den Eindruck, daß die Tendenz dominiert, die deutsche Geschichte als Vorgeschichte der Grenze an Oder und Neiße zu begreifen.

Eine Ausnahme beobachtet man in Vorpommern. Dort hatte die in der Sowjetunion und in deren Satellitenstaaten erzwungene Vergangenheitssicht, derzufolge die gegenwärtigen Grenzen schon für alle Vergangenheit gelten mußten und kein Deutscher über Danzig und Königsberg arbeiten durfte und kein Pole über Lemberg, besonders groteske Konsequenzen zur Folge gehabt. Nachdem 1952 die Länder zugunsten der Bezirke des zentralistischen Staates beseitigt worden waren, wurde über deren Geschichte ein Vergessensbefehl verhängt. Landesgeschichte wurde durch Regionalgeschichte in der Hoffnung ersetzt, auf diese Weise kleinräumige Identität zu erzeugen, ohne doch den Blick auf eine Vergangenheit freizugeben, welche die gegenwärtige Ordnung als ahistorisch erkennbar gemacht hätte. Dennoch war der Gebrauch der alten Ländernamen nicht geradezu verboten; Thüringen oder Sachsen durfte man sagen und schreiben. Der Name Pommern dagegen war in Vorpommern mit Rücksicht darauf, daß die andere Hälfte des Landes nun zu Polen gehörte, untersagt. Die pommersche Kirche mußte nun evangelische Landeskirche Greifswald heißen, als habe im Osten an Mecklenburg ein Stadtstaat dieses Namens grenzt. Als 1978 das 850jährige Jubiläum der Pommern-

Mission des Bischofs Otto von Bamberg gefeiert wurde, war im Titel der Jubiläumsschrift statt von Pommern vom Peene-Gebiet die Rede. Die DDR hätte sich bei einer solchen Nomenklatur auf Vorbilder berufen können: auf das nachrevolutionäre zentralistische Frankreich, auf Bayern, das seinen im Zeitalter Napoleons gemachten Landgewinn durch auf Flußnamen bezogene Kreisbezeichnungen — Rezatkreis zum Beispiel — zu integrieren suchte, oder auch auf die gleichzeitigen Gebietsreformen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Beseitigung Wetzlars und Gießens zugunsten von „Lahn“ stellte damals die Peripetie dar. In Vorpommern deutete sich eine solche schon vor 1989 an: Die Erinnerung an die Reformation des Herzogtums vor 450 Jahren wurde im Jahre 1985 mit der Nennung dessen, was man feierte, begangen — wenn auch beschränkt auf den kirchlichen Bereich. Nun hat die pommersche Kirche wieder ihren alten Namen, und auch die außerkirchliche Geschichte des Landes — über vier Jahrzehnte lang fast nur in der Bundesrepublik gepflegt — meldet sich im Lande selbst zu Wort. Es geht dabei um Themen der Geschichte Vorpommerns, aber auch des ganzen Landes, also der seit 1945 polnischen Gebiete.

Muß das nicht Befürchtungen wecken, daß aus der Entdeckung einer so lange verschütteten Vergangenheit der Wunsch folgen werde, die politischen Grenzen abermals zu ändern? Man hat Grund zu der Hoffnung, daß solche Befürchtungen nicht überwiegen werden. Im heutigen Polen werden solche Sorgen wohl nur dort geschürt, wo daraus innenpolitische Vorteile erhofft werden. Die Zahl derjenigen, die in der Rede vom deutschen Revanchismus ein kommunistisches Herrschaftsinstrument erkennen, dürfte überwiegen. Polnische und deutsche Historiker stehen schon seit langem bei der Erforschung der Vergangenheit der Länder östlich von Oder und Neiße in produktivem Kontakt miteinander. Ähnliche Kontakte zwischen deutschen und tschechischen Historikern waren nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 fast nur unter der Hand möglich. Wo sie gelangen, waren sie um so herzlicher.

Dieses Wort Herzlichkeit bietet sich auch für die Gespräche zwischen estnischen, lettischen, litauischen und deutschen Historikern an, die sich jetzt anbahnen. Mehr oder weniger verdeckt waren Kontakte auch hier schon seit längerem möglich, und im Lande selbst vermochte die Sowjetisierung die Erinnerung an die eigene Vergangenheit nicht gänzlich auszutrocknen. Auch die Erinnerung an die durch das Bündnis von Hitler und Stalin vertriebenen Deutschen hatte nicht nur die Gestalt, welche die offizielle Doktrin vorschrieb.

Die Erinnerung an Paul Johansen, einen Deutschen dänischer Herkunft, der bis 1939 das Stadtarchiv Reval leitete und einer der besten Kenner der Landesgeschichte war, wurde in Ehren gehalten. 1985 hat man sich an seinen 20. Todestag an seinem Geburts- und einstigen Wirkungsort öffentlich erinnert.

Aber ganz frei wird die Sicht auf die Vergangenheit erst jetzt, und zu der neuen Freiheit gehört auch eine Distanz gegenüber dem Nationalismus der eigenen Väter und Großväter. Die nach dem Ersten Weltkrieg begründeten baltischen Staaten Estland und Lettland profilierten sich nicht zuletzt in der Auseinandersetzung mit den deutschen Minderheiten. Gewiß wäre die Sowjetisierung dieser Länder nicht verhindert worden, wenn die deutschen Minderheiten nicht vorher aus ihnen hinausgedrängt worden wären. Aber erleichtert wurde die Sowjetisierung nach dem Urteil heutiger lettischer und estnischer Historiker nach der Verdrängung der Deutschen wohl doch. Jedenfalls weiß man heute in Estland und Lettland, daß zur Geschichte dieser Länder auch die der Deutschen gehört, die dort lange Jahrhunderte hindurch lebten.

Moderne erkenntniskritische und methodologische Einsichten verbieten es, einfach zwischen Wahrheit und ideologischer Verunstaltung zu unterscheiden. Doch war die Verunstaltung der Vergangenheit durch die sowjetischen Geschichtskommissare so brutal, daß sich die einfache, hinter moderne methodologische Forderungen scheinbar zurückgehende Rede von der historischen Wahrheit oder davon, wie es „eigentlich gewesen“ (Ranke) sein könnte, aufdrängt. Am eindrucksvollsten wird das wohl im Oblast' Kaliningrad sichtbar, also im einstigen Nord-Ostpreußen.

In dieser militarisierten, vielfach geschundenen und verunstalteten Region wurde ein Experiment gemacht, das den Historiker interessieren muß und dessen Scheitern ihn befriedigen darf. Anders als in den einst deutschen und nun polnischen Gebieten wurde die Geschichte dieser Region nicht umgedeutet und auf ein anderes Zentrum hin orientiert. Hier wurde die Vergangenheit vielmehr mit Panzerketten zugewalzt. Anders als in Masuren oder Pommerellen gab es im nördlichen Ostpreußen keine einheimische Bevölkerung, die von der Vertreibung verschont worden wäre. Nur das — zufällig — erhaltene Grabmal Kants am Königsberger Dom stellte fortan eine schmale Brücke zur Vergangenheit dar, weil der Philosoph — mit Rücksicht auf Hegel — als Großvater von Karl Marx oder als Urgroßvater Lenins galt. Im übrigen aber hatte Kaliningrad mit Königsberg nichts

zu tun. Die Bewohner der russischen Stadt hatten keine Vorstellung von dem, was dort, wo sie lebten, vor 1945 gewesen sein mochte.

Die Zukunft des Oblast' Kaliningrad steht dahin. Für das neue Rußland könnte das Gebiet eine Last sein. Ob es für Litauen oder Polen ein Gewinn wäre, läßt sich nicht sagen. Und was daraus folgen könnte, daß vertriebene Wolgadeutsche hier eine Hoffnung sehen, ist vollends ungewiß. Diese Ungewißheiten haben ihren Grund nicht zuletzt darin, daß hier das Experiment scheiterte, ein Land von seiner Vergangenheit abzusprennen. Die Nachrichten aus dem gegenwärtigen Kaliningrad, die davon berichten, daß sich Intellektuelle dort von der ihnen aufgezwungenen Geschichtslosigkeit zu befreien, daß sie sich die Vergangenheit des von ihnen bewohnten Landes anzueignen versuchen, sind eindrucksvoll. Es geht dabei einerseits einfach um Wahrheit oder Unwahrheit. Aber man hat es offensichtlich auch damit zu tun, daß das geistige Bedürfnis, die eigene Vergangenheit zu kennen, elementar ist und nur mit Mühe und nicht auf Dauer unterdrückt werden kann.

Doch was wäre in diesem Falle eigene Vergangenheit? Die da in Kaliningrad nach der Vergangenheit suchen, tun das offensichtlich weder mit der Absicht, zu verdrängen, daß sie oder ihre Eltern aus anderen Ländern in dieses Gebiet gekommen sind, noch zielen sie darauf ab, zu verleugnen, daß Königsberg bis 1945 eine preußische und eine deutsche Stadt gewesen ist. Dennoch wird hier nach der eigenen Vergangenheit gesucht — nicht nach der der eigenen Vorfahren, wohl aber des eigenen Lebensortes. Anders gesagt: der Aneignungsprozeß, der hier beginnt, zielt augenscheinlich nicht auf ein exklusives Eigentum. Er akzeptiert vielmehr, daß noch andere in Königsberg ihre eigene Geschichte haben — die vertriebenen Deutschen und deren Nachfahren, aber nicht nur sie, sondern auch vertriebene Juden sowie Polen und Litauer, in deren Familiengeschichte Königsberg — zum Beispiel als Universität — einen Platz hat.

Es ist zu hoffen, daß im Falle des heute russischen Ostpreußen schneller und leichter gelingen wird, was im Hinblick auf das jetzt polnische Ostdeutschland, aber auch auf die ehemals deutsch besiedelten Gebiete der Tschechoslowakei erst nach Jahrzehnten der nationalpolitischen Polemik zu gelingen beginnt. Dort hat die Aneignung der Geschichte längere Zeit tatsächlich auf ein exklusives Eigentum gezielt, und so wurde nicht so sehr in der Forschung, aber um so mehr bei der Popularisierung der Geschichte in Schulbüchern, in der Literatur für das Publikum, in Museen und an den sichtbaren Zeugen

der Vergangenheit soweit wie möglich verdeckt, daß man es hier mit einer überwiegend deutschen Geschichte zu tun hatte, daß zum Beispiel in Breslau, Danzig oder Posen fast ganz oder zu einem beträchtlichen Teil deutsch gesprochen worden war. Noch vor wenigen Jahren mußte man beim Besuch des stadtgeschichtlichen Museums in Posen den Eindruck haben, daß die deutsche Sprache diese Stadt erst 1939 mit der deutschen Armee und mit der SS erreicht habe, und das vermittelte ein Zerrbild nicht nur im Hinblick auf die Bewohner und die Kultur dieser Stadt, sondern auch auf ihre Verfassung. Die autonome Bürgerstadt nach westlichem Muster erschien hier als eine Kommune, die der polnische König so unmittelbar regierte wie polnische Magnaten ihre Städte. Ähnlich erschien die Marienburg als polnisches Königsschloß mit einer Deutschordensvorgeschichte.

Die nicht selten bezeugte Empörung, mit der deutsche Besucher auf eine Marienburg solcher Art reagierten, nahm nicht zur Kenntnis, daß die Aufwendung großer Mittel zur Restaurierung der Hinterlassenschaften der deutschen Zeit im damaligen Polen nicht unumstritten war. Diejenigen, die sich darum bemühten, sahen sich zuweilen zu Argumenten genötigt, deren sie sich unter besseren Umständen wohl nicht bedient hätten — ganz ähnlich, wie in Potsdam der Widerspruch zwischen der leidlichen Pflege, welche dem Sanssouci Friedrichs des Großen zuteil wurde, und der Polemik gegen den König durch die emphatische Versicherung überbrückt wurde, daß man ja nur die Hervorbringungen der im Feudalabsolutismus unterdrückten Vorfahren späterer Proletarier schütze.

Im Falle der Marienburg kam aber hinzu, daß diese tatsächlich lange Zeit ein Schloß des polnischen Königs gewesen war, und zwar länger (1456 bis 1772), als sie den Hochmeistern zur Residenz gedient hatte (1309–1456). Auch sonst neigte die deutsche Erinnerung dazu, die Nationalitätenverhältnisse, wie sie unmittelbar vor der Vertreibung geherrscht hatten, auch für die ältere Vergangenheit anzunehmen und damit zu verkennen, daß sie zum Beispiel noch im frühen 19. Jahrhundert eine ganz andere Gestalt gehabt hatten, daß es damals in Westpreußen, aber auch in Teilen Schlesiens polnischsprachige Bewohner an Orten gab, die eineinhalb Jahrhunderte später nur von Deutschen bewohnt wurden. Auf polnischer Seite hat man sich zur Legitimation der Grenze von 1945 darum bemüht, allen Nachdruck auf jene Zeit zu legen, wo der Anteil der polnischsprachigen Bevölkerung in den Gebieten östlich von Oder und Neiße am größten war, um auf diese Weise einen Normalzustand zu konstruieren, von dem

man behaupten konnte, er sei 1945 wiederhergestellt worden. Es war nicht nur die Ratio des sowjetischen Imperiums, die hier wirksam wurde, sondern auch die Tradition historischer Begründungen von Okkupationen oder gewünschten Grenzveränderungen, wie sie selbst im Zeitalter der Kabinettskriege praktiziert worden war, und im Zeitalter des Nationalismus, vor allem aber nach dem Frieden von Versailles, zu einer zerstörerischen Kraft geworden waren.

Hinzu kommt die trivialste — und das heißt zugleich wirkungsmächtigste — Art mit der Vergangenheit umzugehen: der Wunsch, diese als Vorgeschichte der Gegenwart zu verstehen und abzuschneiden, was sich dem entgegenstellt. Die auf diese Weise wirksam werdende Hoffnung, Harmonie zwischen Gegenwart und Vergangenheit herzustellen und die Vergangenheit zur Legitimierung der Gegenwart zu nutzen, wird nicht nur an einer so dramatischen Grenze wie der von 1945 wirksam, und auch nicht nur an anderen Grenzen zwischen Nationen, sondern schon an Binnengrenzen. Wenn heute landesgeschichtliche Handbücher erarbeitet werden, orientieren sie sich fast immer an den gegenwärtigen Grenzen der Bundesländer, und so entsteht der Eindruck, Bayern habe seine derzeitige Gestalt nicht im Zeitalter Napoleons erhalten und Niedersachsen sei nicht erst ein Produkt des Jahres 1946.

Da Forschung Geld kostet und Kultur Ländersache ist, erklärt sich bis zu einem gewissen Grade, warum landeshistorische Forschung in der Bundesrepublik Deutschland so häufig an heutigen Grenzen Halt zu machen genötigt ist, warum es, umgekehrt gesagt, die Geschichte der Pfalz so schwer hat, eines Landes, das heute teils zu Rheinland-Pfalz gehört, teils zu Baden-Württemberg, warum es keine Geschichte Frankens gibt. Doch erklärt das Geld auch in diesem Falle nicht alles. Die Landesregierungen arbeiten — im Prinzip nicht anders als bis 1989 die SED-Führungen in den Bezirken der DDR — an der Schaffung von Landesbewußtsein, und das um so energischer, je jünger die Länder in ihrer jetzigen Gestalt sind.

Auch aus diesem Grund ist die Geschichte Ostdeutschlands im heutigen Deutschland gefährdet. Wenn Kultur nur innerhalb der Landesgrenzen gefördert wird, hat es die Geschichte Ostdeutschlands, seit man auf die Vertriebenen als Wähler nicht mehr viel Rücksicht zu nehmen braucht, schwer. Zwar ist die Bundesregierung zur Förderung der Kultur der Vertreibungsgebiete gesetzlich verpflichtet, und einstweilen kommt sie dieser Verpflichtung — in welcher Gestalt immer — nach, aber ein tragfähiges Fundament für

die Zukunft hat man mit dieser Konstruktion allein gewiß nicht.

Je dominanter jene neuere politisch-historische Geographie sein wird, die ein ostdeutsches Eisenach fingiert, desto ungewisser werden die Chancen der Geschichte Ostdeutschlands in Deutschland sein. Als vor einigen Jahren ein schlesisches Museum in Hildesheim eingerichtet werden sollte, hatte man den Eindruck, die jetzige Landesregierung hätte es notfalls mit Polizeigewalt verhindern wollen. Daß die Landsmannschaften — „Schlesien ist unser“ — nicht unwesentlich zu dieser Geschichtsblindheit beigetragen haben, darf dabei nicht verschwiegen werden, zumal sich das verallgemeinern läßt. Die Organisationen der Vertriebenen sind in ihrem vielfach unsicheren Verhältnis zu den beteiligten Wissenschaften nicht unschuldig daran, daß in den Augen jüngerer Forscher die Beschäftigung mit Themen, die jenseits von Oder und Neiße angesiedelt sind, eine Art von Hautgout anhaftet. Immer wieder konnte man eine unfreiwillige Koalition beobachten, die erstens aus denjenigen bestand, die heute in Polen und in der Tschechoslowakei die gegenwärtigen Grenzen für alle Vergangenheit gültig machen wollten, zweitens aus denen, die an der Beseitigung dieser Grenzen interessiert waren und zu diesem Zweck — aber eben nur zu diesem Zweck — auch Historiker in ihren Dienst zu nehmen bereit waren, und drittens denen, die meinten, etwas für den Frieden zu tun, indem sie die Geschichte Ostdeutschlands leugneten.

Man darf hoffen, daß die Zeit dieser Koalition vorbei ist. In Estland, Lettland, Litauen, im nördlichen Ostpreußen, in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn ist man heute am Gespräch mit deutschen Historikern interessiert, weil man weiß, daß die Geschichte Ostdeutschlands und jener Gebiete des östlichen Mitteleuropa, in denen viele Deutsche lebten, angemessen nur zu verstehen ist, wenn sie in Zusammenarbeit mit deutschen Historikern erforscht wird. Es ist die Frage, ob in Deutschland diese Einladungen zur Zusammenarbeit wahrgenommen werden können, ob die Möglichkeiten, die in Deutschland bestehen, nicht bei unseren östlichen Nachbarn vielfach überschätzt werden. Der Kunstwissenschaft Deutschlands sind die Gebiete jenseits von Oder und Neiße fast ganz verlorengegangen. Die Geschichtswissenschaft hat sich darum bemüht, diese Forschungsfelder nicht aufzugeben, und so steht sie den Diskussionsangeboten, die heute jenseits der Grenze von 1945 laut werden, nicht gänzlich unvorbereitet gegenüber. Aber besonders leistungsfähig ist sie nicht, und es läßt sich nicht erkennen, ob sie Chancen für die Zukunft hat. Jener erwähnte triviale Umgang mit Geschichte, der auf eine Harmonisie-

rung von Vergangenheit und Gegenwart aus ist, sowie der Förderalismus — um nicht zu sagen: Provinzialismus — heutiger Kulturförderung wirken in die gleiche Richtung.

Dem sollte widerstanden werden. Ostdeutschland zwischen Rostock, Eisenach und Frankfurt an der Oder wäre ahistorisch. Man hätte hier ein groteskes Beispiel für die Unterwerfung der Geschichte unter die Gegenwart. Am wenigsten aber hätte man darin einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker in Europa. Dieses Zusammenleben wird nur möglich sein, wenn man in Deutschland die Erinnerung daran bewahrt, was nicht nur im Namen Deutschlands, sondern vielmehr von Deutschen in der nationalsozialistischen Zeit geschehen ist. Die Grenzen von 1945 waren die Folge davon. Seitdem gibt es Ostdeutschland nicht mehr. Seitdem ist die Geschichte Ostdeutschlands eine Sache derer, die nun westlich von Oder und Neiße leben. Doch kann die Geschichte Ostdeutschlands allein deren Sache nicht sein. Die Geschichte Schlesiens oder Ostpreußens ist auch und muß auch die Geschichte derer sein, die dort leben — schon länger oder erst nach 1945 — sowie ihrer Nachkommen. Das Experiment Geschichtslosigkeit in Kaliningrad ist gescheitert. Deutsche Exklusivitätsansprüche auf die Geschichte Schlesiens oder Ostpreußens würden die Wiederholung eines solchen Experiments fordern. Die Geschichte dieser Länder muß die Geschichte derer sein, die dort leben. Aber sie darf nicht nur das sein, sondern muß Rücksicht darauf nehmen, daß auch viele in Deutschland lebende Deutsche ihre Heimat in heute polnischen oder tschechischen Gebieten haben, sie muß offen dafür sein, daß auch sie die Geschichte dieser Länder für die ihre ansehen.

Das aber sollte nicht nur mit Rücksicht auf die Nachfahren der Vertriebenen so sein, sondern vor allem im Sinne eines angemessenen Verständnisses der Geschichte dieser Länder und der deutschen Geschichte im Ganzen. Was zwischen 1939 und 1945 durch Umsiedlungen, Vertreibungen und neue Grenzziehungen von Deutschland abgetrennt bzw. seiner deutschen Bevölkerung entledigt wurde, war ja kein geschlossenes Sondergebiet. Es handelte sich vielmehr um Länder, Provinzen und Regionen, die mit den Gebieten westlich von Oder und Neiße vielfältig und je auf eigene Art verknüpft waren. Wollte man diese Verbindungen nun zerschneiden, so hätte das zur Folge, daß die deutsche Geschichte verunstaltet würde.

Verunstaltet würde aber auch die Geschichte Schlesiens oder Ostpreußens, wenn sie nur von denen studiert würde, die heute dort

leben. Ohne die vielfältigen Verbindungen zur deutschen Geschichte insgesamt ließe sich die Geschichte dieser Länder nicht verstehen. Und so muß dort, wo über deutsche Geschichte nachgedacht wird, auch über die Geschichte Ostpreußens und Schlesiens gearbeitet werden. Und dort, wo man sich mit der Geschichte Ostpreußens und Schlesiens beschäftigt, bedarf es des Blicks auf die deutsche Geschichte im Ganzen. Man hat den Eindruck, daß das heute in Prag, Breslau, Thorn, Kaliningrad oder Reval bewußt ist. Ob man es auch in Hannover oder in Düsseldorf weiß, steht dahin. Es ist zu hoffen, daß sich am Ende die Einsicht durchsetzt, daß das Zusammenleben der Völker durch die Ausblendung einer scheinbar zur Gegenwart nicht passenden Vergangenheit nicht gefördert wird.
